

Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen
(15. Ausschuß)

über die von der Bundesregierung erlassene
Siebenundzwanzigste Verordnung zur Änderung
des Deutschen Zolltarifs 1967
(Zollkontingent für Bananen — 1968)

— Drucksache V/2475 —

Bericht des Abgeordneten Dr. Preiß

Die Verordnung, die am 1. Januar 1968 in Kraft getreten ist, wurde vom Herrn Präsidenten mit Schreiben vom 17. Januar 1968 dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen mit Frist zum 3. April 1968 überwiesen. Es handelt sich um eine sogenannte Nachlaufverordnung, bei der der Deutsche Bundestag nach § 77 Abs. 7 des Zollgesetzes ein Aufhebungsrecht in einer Frist von vier Monaten nach Verkündung hat.

Der Bundesregierung steht nach dem dem EWG-Vertrag anliegenden „Protokoll über das Zollkontingent für Bananen“ ein Jahreskontingent für die zollfreie Einfuhr von Bananen aus Drittländern zu.

Von dieser Ermächtigung wird jedes Jahr Gebrauch gemacht.

Die Höhe des Kontingentes für das Jahr 1968 richtet sich u. a. nach den Einfuhren im Kalenderjahr 1967. Da die genauen Importzahlen Ende 1967 noch nicht vorlagen, hat die Bundesregierung für das Jahr 1968 zunächst auf Grund einer geschätzten Einfuhrmenge ein vorläufiges Zollkontingent von 375 000 t eröffnet.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen empfiehlt dem Plenum, von seinem Aufhebungsrecht keinen Gebrauch zu machen.

Bonn, den 6. Februar 1968

Der Ausschuß für Wirtschaft
und Mittelstandsfragen

Dr. h. c. Menne (Frankfurt)

Vorsitzender

Dr. Preiß

Berichterstatter